Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

06. Dezember 2021

Äthiopien

Militär verkündet Erfolge im Kampf gegen TDF

Die äthiopische Armee hat nach Regierungsangaben Städte und Regionen in den Regionalstaaten Amhara und Afar zurückerobert, die zuletzt unter Kontrolle der Tigray Defense Forces (TDF) standen. Von Seiten der TDF heißt es, es habe sich um einen „strategischen Rückzug" gehandelt. Unabhängige Bestätigungen liegen nicht vor, jedoch halten Beobachtende ein Vorrücken des äthiopischen Militärs für möglich und verweisen dabei auf den verstärkten Einsatz von Drohnen.

Afghanistan

Regierungsgeschäfte

Seit dem 05.12.21 würden die Taliban in fast allen Provinzen wieder Pässe ausstellen. Bei einem Treffen in Doha haben die Taliban die EU um Unterstützung beim Betrieb von Flughäfen gebeten und abermals zugesichert, Ausreisewillige ausreisen zu lassen, keine Rache an ehemaligen Regierungsangestellten zu üben und Menschenrechte einzuhalten. Die Luftwaffe hat ihr erstes Manöver unter den Taliban geflogen. Dabei nutzten sie die amerikanischen MI-17 und MD Helikopter der gestürzten Regierung. Am 01.12.21 wurde berichtet, dass Saudi-Arabien und Indien ihre Botschaften in Afghanistan wiedereröffnen wollen.

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Am 01.12.21 wurde berichtet, dass die Taliban begonnen haben Ushr, eine 10 % Steuer auf landwirtschaftliche Produkte nach islamischem Recht, einzutreiben. Weiter heißt es, dass Bauern in der Provinz Kapisa wegen der aktuellen allgemeinen Lebensmittelknappheit dagegen protestieren. Laut dem Vorsitzenden der Landwirtschaftsbehörde in Herat ist die Safranernte dieses Jahr wegen der Dürre um bis zu 50 % geringer als 2020. 90 % des afghanischen Safrans kommen aus der Provinz Herat. Die internationalen Preise für Safran sind zwar laut der afghanischen Nationalen Vereinigung der Safranarbeiter bis zu drei Mal so hoch wie 2020, doch der Export von Safran ist seit der Machtübernahme der Taliban gestoppt. Am 02.12.21 habe die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) 16 Mio. USD in bar an die afghanische Zentralbank für humanitäre Zwecke übergeben. Am selben Tag seien 280 Mio. USD an humanitärer Hilfe von der Weltbank freigegeben worden. Save the Children berichtete am 01.12.21 von mindestens 780.000 obdachlosen Kindern und 8,6 Mio. Kindern ohne Schutz vor Kälte. Der fehlende Schutz vor winterlicher Kälte kommt zu der Hungersnot dazu, die fünf Mio. Kinder bedroht. Am 01.12.21 sei eine zweite humanitäre Hilfslieferung aus Russland (36 Tonnen u.a. Weizen, Zucker und Tee) in Afghanistan eingetroffen. Am 03.12.21 wurde berichtet, dass Pakistan den Transfer von indischen Hilfslieferungen (Weizen, Medizin) nach Afghanistan zulasse. Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) gab am 04.12.21 bekannt, dass Flüchtende aus Afghanistan mittlerweile die größte Gruppe der

Antragstellenden in der EU stellen. Der UNHCR habe am 30.11.21 einmalig jeweils ca. 265 USD Hilfsgelder an 1.000 bedürftige Familien in Kabul ausgegeben.

Gewalt gegen Zivilisten
Ein am 30.11.21 veröffentlichter Bericht von Human Rights Watch beschuldigt die Taliban, trotz der verkündeten Amnestie, allein in vier Provinzen (Ghazni, Helmand, Kandahar, Kunduz) mehr als 100 ehemalige Angehörige von Militär, Polizei und Geheimdienst getötet zu haben. Bei entsprechenden Razzien sollen auch Familienangehörige bedroht und misshandelt worden sein. Am 05.12.21 forderten 20 Länder aufgrund dieses Reports von den Taliban ihre Amnestie wie angekündigt umzusetzen und die Tötungen zu untersuchen. Mitglieder der schiitischen Minderheit Hazara, die von ihren Heimatorten nach Kabul geflohen sind, berichten von gewaltsamer Vertreibung aus ihren Häusern in den Provinzen Daikundi und Uruzgan. Sprecher der Taliban weisen diese Vorwürfe zurück. Es gibt auch Berichte von Vertreibungen von Angehörigen der usbekischen und turkmenischen Minderheiten aus ihren Dörfern in der nördlichen Provinz Dschuzdschan sowie darüber, dass die Taliban willkürlich Smartphones nach Musik und privaten Fotos und Videos durchsuchen. Es soll zu Gewalt gegen Menschen, die als „unislamisch" angesehene Dateien auf ihrem Smartphone haben, gekommen sein. Sprecher der Taliban erklärten, dass sie keine solche Praxis angeordnet haben. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Firuzkuh in der Provinz Ghor berichten von Lautsprecherdurchsagen der Taliban, nach denen Männer sich die Bärte nicht mehr rasieren dürfen und alle Läden zu Gebetszeiten schließen und Männer sich zum Gebet versammeln müssen.

Albanien

Zaharia-Haftanstalt geschlossen
Die Regierung hat am 29.11.21 die Zaharia-Haftanstalt für psychisch erkrankte Inhaftierte in der Stadt Kruja geschlossen. Die verbliebenen 319 Insassen wurden temporär in ein anderes Gefängnis in der Stadt Lezha verlegt und sollen anschließend in einer speziellen Einrichtung unter Verwaltung des Gesundheitsministeriums untergebracht werden. Die Zaharia-Haftanstalt wurde jahrelang von Menschenrechtsorganisationen sowie dem Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe aufgrund der dortigen Haftbedingungen kritisiert und die Regierung zu deren Schließung aufgefordert.

Bangladesch

Gewalt in Zusammenhang mit Lokalwahlen
Medienberichten zufolge kam es bei Auseinandersetzungen im Zuge der dritten Phase der Lokalwahlen am 28.11.21 zu mindestens acht weiteren Todesfällen und mehreren Verletzten. Seit April 2021 sollen mindestens 80 Personen in Zusammenhang mit den Wahlen getötet und zahlreiche weitere verletzt worden sein (vgl. BN v. 08.11.21).

Benin

Tote bei Auseinandersetzungen
Vom 01.12. auf den 02.12.21 griffen Unbekannte eine Stellung des Militärs in Porga (Département Atacora) nahe der Grenze zu Burkina Faso an. Zwei Sicherheitskräfte und ein Angreifer wurden getötet, mehrere Sicherheitskräfte wurden verletzt.
Am 30.11.21 wurde in Banikoara, im benachbarten Département Alibori, bei einem Feuergefecht zwischen einer Patrouille der Sicherheitskräfte und Unbekannten ein Angreifer getötet.
Nach Behördenangaben handelt es sich bei den Vorfällen um die ersten Angriffe von Extremisten auf die beninischen Streitkräfte.

Burkina Faso

Militäroperation mit regionaler Beteiligung
Zwischen dem 21.11. und 27.11.21 gingen im Rahmen einer gemeinsamen Operation Streitkräfte von Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana und Togo im Grenzgebiet zu Côte d'Ivoire, Ghana und Togo gegen Extremisten vor. Nach Regierungsangaben vom 30.11.21 wurden im Verlauf der Operation namens Goundalgou 4 Zone 2 (nach anderen Quellen: Koudanlgou IV) 300 Verdächtige festgenommen. An der Grenze zu Côte d'Ivoire seien etwa 30 Extremisten nicht näher genannter Zugehörigkeit getötet und fünf Stützpunkte der Extremisten zerstört worden. Schusswaffen, 144 Motorräder und andere Fahrzeuge sowie größere Mengen an Munition, Sprengstoff und Rauschgift seien dabei beschlagnahmt worden. An der Operation seien 5.728 Sicherheitskräfte beteiligt gewesen. 2018 und 2019 hatte es bereits drei ähnliche Aktionen gegeben.

Extremisten kontrollieren Dorf
Medienberichten zufolge haben mutmaßliche Kämpfer der extremistischen Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime (JNIM) das Dorf Nadiagou (Region Est) an der Grenze zu Togo und Benin unter ihre Kontrolle gebracht. Sie sollen Ende November 2021 in Uniformen der Sicherheitskräfte in das Dorf eingedrungen sein. Ein Teil der Bewohnerinnen und Bewohner floh aus dem Dorf.

Tote bei Anschlag
Vier Zivilpersonen starben, als im Dorf Lallin (Region Centre-Est) am 01.12.21 eine Mine explodierte. Dorfbewohnerinnen und -bewohner flohen daraufhin in Nachbarorte.

Festnahmen
Mamadou Drabo, Exekutivsekretär der Bewegung Rettet Burkina Faso (SBF) und weitere Personen, welche die Demonstrationen vom 27.11.21 (vgl. BN v. 29.11.21) organisierten, wurden am 29.11.21 festgenommen. Ihnen werden Angriff auf die Sicherheit des Staates und Zerstörung öffentlichen Eigentums vorgeworfen. Die SBF und andere Teile der Zivilgesellschaft hatten für den 27.11.21 zu Demonstrationen aufgerufen. An diesem Tag kam es zu gewaltsamen Zwischenfällen, als Sicherheitskräfte gegen die in Quagadougou verbotene Veranstaltung vorgingen.

China

Sorge um aus der Öffentlichkeit verschwundene Tennisspielerin Peng Shuai
Wegen ernsthafter Zweifel daran, dass die chinesische Profi-Tennisspielerin Peng Shuai „frei, sicher und nicht Zensur, Zwang und Einschüchterung unterworfen ist", forderte der Chef der Women's Tennis Association (WTA), Steve Simon, am 02.12.21 eine Untersuchung der Missbrauchsvorwürfe Pengs gegen den früheren Vizeministerpräsidenten Zhang Gaoli. Bis zur Aufklärung des Falls würden alle Turniere in China ausgesetzt. Innerhalb Chinas wird über den Fall hingegen nicht berichtet, Diskussionen werden durch Zensur unterbunden. Das Internationale Olympische Komitee (IOC), das als einzige Organisation mit Peng in Kontakt steht, äußerte sich zuletzt ebenfalls besorgt, ohne jedoch die Vorwürfe gegen Zhang Gaoli zu erwähnen. Dieser war auch einer der führenden Planer der Olympischen Winterspiele 2022 in Beijing.

DR Kongo

Nord-Kivu, Ituri: Konflikt-, Sicherheitslage, ugandische Militärintervention
Laut Presseberichterstattung begannen am 30.11.21 auf der Basis bilateraler Vereinbarungen konzentrierte Militäroperationen der kongolesischen Armee (FARDC) mit den ugandischen Streitkräften (UPDF) gegen die radikal-islamische Rebellengruppe Forces démocratiques alliées (ADF). Diese sollen sich auf die seit Mai 2021 unter Belagerungszustand stehenden Provinzen Nord-Kivu und Ituri beschränken. Für die Durchführung gemeinsamer Militäroperationen warb der Bericht des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses der kongolesischen Nationalversammlung, welcher die mäßigen Erfolge und bisherige Verfehlungen des umstrittenen Belagerungszustandes, einschließlich der Begehung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen durch die

kongolesischen Streitkräfte, kritisierte (vgl. BN v. 08.11.21). Uganda wirft der Anfang der 2000er Jahre aus seinem Staatsterritorium verdrängten und seither fortan in der DR Kongo operierenden ADF vor, im November und Oktober 2021 Anschläge in der ugandischen Hauptstadt Kampala verübt zu haben. Vor der Einleitung der Bodenoffensive habe die UPDF, wie zuletzt im Jahr 2017, von ugandischem Staatsterritorium aus Luft- und Artillerieangriffe gegen Stellungen der ADF durchgeführt. Die Präsenz von derzeit ca. 1.700 ugandischen Soldaten in der DR Kongo würde Beunruhigung in Kreisen der Lokalbevölkerung, z.T. Opposition und Zivilgesellschaft auslösen und Erinnerungen an das gewaltsame Vorgehen der UPDF während des kongolesischen Bürgerkriegs von 1998 bis 2003 wecken. Im Jahr 2005 verurteilte der Internationale Gerichtshof in Den Haag (IStGH) Uganda zu (weiterhin ausstehenden) Reparationszahlungen an die DR Kongo wegen der Verletzung seiner staatlichen Souveränitätssphäre und schwerer Menschenrechtsverbrechen. Zivilgesellschaft und Beobachterorganisationen befürchten, dass sich die problematische Sicherheitslage der Zivilbevölkerung jetzt noch weiter verschärfen könnte. Die UPDF bestritt am 04.12.21 Berichte, wonach es im Rahmen der Luft- und Artillerieangriffe auf mehrere Stützpunkte der ADF zu zivilen Toten gekommen sei und zivile Wohnhäuser bombardiert worden seien. Gleichentags erklärten UN-Organe, NGOs und unabhängige Quellen gegenüber The EastAfrican, dass sie derzeit keine Kenntnisse über zivile Tote hätten. Analysen zufolge könnte der Einzug ugandischer Truppen die Stabilität der DR Kongo weiter gefährden und die grenzüberschreitenden Spannungen in der Region der Großen Seen erhöhen, vor allem zwischen den Staaten DR Kongo und Ruanda einerseits und zwischen Uganda und Ruanda andererseits, die sich zweimal auf kongolesischem Boden bekämpft haben. In den letzten Wochen habe es Spekulationen über eine abermalige destabilisierende Einflussnahme Ruandas in der DR Kongo gegeben. Der Presseberichterstattung im November 2021 war zu entnehmen, dass es zu mindestens drei Rebellenangriffen im Territorium Rutshuru der Provinz Nord-Kivu gekommen sei, wofür die 2013 offiziell aufgelöste und seinerzeit mehrere Gebiete in Nord-Kivu kontrollierende Rebellengruppe Mouvement du 23-Mars (M23) verantwortlich gemacht wurde, deren früherer Unterstützer Ruanda gewesen sein soll.

Ituri: CODECO-Angriffe auf Vertriebenenlager führen zu erheblicher Binnenvertreibung
Laut den Angaben des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) und dem UNHCR kam es alleine im November 2021 in der von erheblicher Milizgewalt betroffenen und unter Belagerungszustand stehenden Provinz Ituri zu vier Angriffen auf verschiedene stark belegte Binnenvertriebenenlager, für welche die Miliz Coopérative de développement du Congo (CODECO) verantwortlich gemacht wird. Allein als Folge dieser Angriffe seien mehrere Zehntausend Menschen intern vertrieben und mindestens 123 Menschen getötet worden. Die Betroffenen würden sich an ihren Zufluchtsorten extrem harten Lebensbedingungen ausgesetzt sehen. Laut OCHA stellten mehrere humanitäre Akteure in den letzten Wochen wegen der schlechten Sicherheitslage und aufgrund schwerer Sicherheitsvorfälle, die Bereitstellung humanitärer Güter und Hilfe ein. Die Einstellung der Aktivitäten der NGO Médecins sans frontières (MSF) in bestimmten Gebieten des Konfliktterritoriums Djugu habe dazu geführt, dass rd. 470.000 vulnerable Personen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung hätten. Die gesundheitliche und humanitäre Lage im Territorium Djugu sei besorgniserregend. Laut MSF verhindere die schlechte Sicherheitslage die Möglichkeit der Wiederaufnahme von humanitären Aktivitäten.

Maniema: Hohe Prävalenz geschlechtsspezifischer Gewalt
Das UN-Informationsradio Okapi berichtet unter Berufung auf einen nationalen Behördenbericht, dass im Berichtsjahr 2020 alleine in der ostkongolesischen Provinz Maniema über 6.400 geschlechtsspezifische Gewalttaten dokumentiert wurden. Es gebe in der Provinz ein Klima der Straflosigkeit. Die gegen geschlechtsspezifische Gewalt erlassenen Gesetze würden in der Regel nicht effektiv durchgesetzt. In der DR Kongo ist geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt in allen Landesteilen weit verbreitet (vgl. BN v. 06.09.21).

El Salvador

Urteil des IACHR im Fall Manuela v. El Salvador
Am 30.11.21 erklärte der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof (IACHR) El Salvador verantwortlich für den Tod einer Frau in Haft, die aufgrund einer Fehlgeburt 2008 wegen Abtreibung zu 30 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Abtreibung ist im Land seit 1998 ausnahmslos verboten, mehr als 180 Frauen seien auf dieser

Gesetzesgrundlage in den letzten 20 Jahren laut NGOs im Rahmen geburtshilflicher Notfälle wegen Mordes verurteilt worden. Die Inhaftierte habe in Haft zudem nicht die notwendige, regelmäßige medizinische Behandlung erhalten, derer sie aufgrund einer Krebserkrankung bedurft hätte. Der IACHR verurteilte El Salvador zudem zu Schadenersatzzahlungen an deren Kinder und forderte das Land zu einer Überarbeitung der strengen Anti-Abtreibungsgesetze auf.

Gabun

Gefangene im Hungerstreik
102 im Zentralgefängnis von Libreville inhaftierte Frauen traten laut der NGO SOS Prisonniers am 01.12.21 in einen Hungerstreik. Sie protestierten damit gegen schwierige Haftbedingungen wie u.a. Überbelegung, mangelhafte Ernährung und sexuelle Übergriffe durch Gefängnispersonal.

Gambia

Amtsinhaber Barrow gewinnt Präsidentschaftswahl
Bei den am 04.12.21 weitgehend friedlich verlaufenen Präsidentschaftswahlen wurde Amtsinhaber Adama Barrow mit einer absoluten Mehrheit (rd. 53 %, bei einer Wahlbeteiligung von rd. 87 %) im Amt bestätigt. Auf den zweitplatzierten Oppositionskandidaten Ousainou Darboe der Partei United Democratic Party (UDP) entfielen rd. 28 % der abgegebenen Stimmen. Noch vor der Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses sprachen Darboe und zwei weitere Oppositionskandidaten – Mama Kandeh von der Partei Gambia Democratic Congress (GDC) und der unabhängige Kandidat Essa Faal, ehemaliger Chefanwalt der Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission (TRRC) – von Wahlunregelmäßigkeiten. Die Opposition prüft rechtliche Schritte einschließlich der Möglichkeit der Wahlanfechtung.

Guinea

Ex-Staatspräsident Condé im Hausarrest
Der am 05.09.21 durch einen Putsch abgesetzte ehemalige Staatspräsident Alpha Condé (vgl. BN v. 06.09.21) wurde am 29.11.21 in das Haus seiner Ehefrau überführt, melden Medien mit Verweis auf eine Mitteilung des selbsternannten Nationalen Komitees für Vereinigung und Entwicklung (CNRD). Bislang hatte ihn das CNRD an einem nicht bekannten Ort festgehalten. Die wesentlichen Konditionen würden sich aber kaum ändern. So würden ihm sein Koch und sein Arzt zur Verfügung stehen, das Haus verlassen dürfe er nicht, auch Zugang zu einem Telefon bleibe ihm verwehrt.

Guinea-Bissau

Studie zur Gewalt gegen Frauen
Laut Medienberichten zeige sich in einer anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (25. November) vorgestellten Studie eine weit verbreitete Gewalt gegen die Frauen des Landes. Diese durchziehe verschiedene Volks- und Religionszugehörigkeit, Regionen sowie Bildungsgrade, lasse jedoch keinen Zusammenhang mit diesen Faktoren erkennen. Der repräsentativ angelegten Studie liegt eine Befragung von über 1.000 Frauen im Alter zwischen 18 und 59 Jahren zugrunde. Sie kommt zum Ergebnis, dass rd. 67 % der Guinea-Bissauerinnen mindestens eine von vier Formen von Gewalt erfahren hat. Bei Frauen in festen Partnerschaften waren dies 63 %; davon erlitten 44 % psychologische, ein Viertel wirtschaftliche, 38 % physische und 22 % sexuelle Gewalt. Außerhalb von Partnerschaften ging physische Gewalt sehr häufig von Familienangehörigen und dort vor allem von Vätern aus. 60 % der Befragten gaben zudem an, Opfer der seit 2011 verbotenen weiblichen Genitalverstümmlung (FGM) zu sein.

Die Hälfte der Befragten hält häusliche Gewalt für akzeptabel. Nur 21 von 687 Frauen mit Gewalterfahrungen informierten die Polizei, wobei nur in einem Fall der Aggressor festgenommen wurde. Ferner gab knapp die Hälfte der Befragten an, mit weniger als 18 Jahren verheiratet worden zu sein.

Indien

Nagaland: Zivilisten getötet

Am 04.12. und 05.12.21 wurden im östlichen an Myanmar grenzenden Bundesstaat Nagaland von indischen Soldaten mehr als ein Dutzend Zivilisten erschossen. Zunächst hatten Sicherheitskräfte im Distrikt Mon das Feuer auf einen Lastwagen mit Bergbauarbeitenden, die sie für mutmaßliche Rebellen hielten, eröffnet und dabei mindestens sechs Personen getötet. Sieben weitere Menschen wurden nach anschließenden Protesten bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften erschossen. Zur Deeskalation rückte Polizeiverstärkung an. Das mobile Internet und der SMS-Dienst wurden im Distrikt kurzzeitig abgeschaltet. Die Lage blieb länger angespannt. In den vergangenen Jahren hatte sich die bewaffnete Rebellion in Nagaland relativ beruhigt, da separatistische Gruppierungen in Verhandlungen mit der indischen Regierung standen.

Irak

Kampfhandlungen gegen den IS

Weiterhin kommt es zu gewaltsamen Übergriffen und Angriffen des IS, sowohl auf die Zivilbevölkerung als auch auf die Streitkräfte. Im Kreis Makhmour in der Provinz Ninive, Teil umstrittener Gebiete, kam es am 02.12.21 zu einer Reihe von Angriffen des IS auf die Dörfer Liheban and Khidirjija. Dabei kamen mindestens zehn Mitglieder der Peschmerga ums Leben, weitere wurden teils schwer verletzt. Im weiteren Verlauf wurde das Heim einer Familie angegriffen, wobei drei Brüder getötet wurden, der Jüngste von ihnen elf Jahre alt.
Am 05.12.21 kam es zu einem Angriff des IS auf Peschmerga-Checkpoints in der Nähe des Dorfes Qara Salim in der Nachbarprovinz Kirkuk, bei dem mindestens vier Peschmerga-Mitglieder fielen (Stand: 06.12.21) und dessen volles Ausmaß derzeit noch erfasst wird. Ein Treffen hochrangiger Mitglieder der Sicherheitskräfte am 04.12.21 in Bagdad erbrachte Willensbekundungen zur verstärkten Zusammenarbeit kurdischer und zentralirakischer Kräfte sowie die Bitte an die Anti-IS-Koalition, deutlich mehr zu unterstützen. Die Versuche der Etablierung gemeinsamer kurdisch-zentralirakischer Brigaden sind bisher nicht erfolgreich, sodass weiterhin ein erhebliches Sicherheitsvakuum in einem breiten Streifen zwischen Gebieten unter kurdischer und zentralirakischer Kontrolle existiert.

Proteste gegen die Wahl

Am 30.12.21 verkündete die Wahlkommission des Irak das amtliche Endergebnis. Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis gab es nur geringe Änderungen, die für die politischen Mehrheiten im Land keine relevanten Verschiebungen bedeuten. Vor allem von Seiten der nun deutlich geschrumpften Fatih-Allianz, dem politischen Arm der von Seiten des Iran unterstützten Milizen, gibt es weiterhin Kritik an der Wahlkommission; diese sei inkompetent, Wahlmaschinen seien manipuliert worden, das Wahlergebnis repräsentiere so nicht den Willen des Volkes. Nennenswerte Demonstrationen gegen das Wahlergebnis blieben aber aus.

Iran

Todes- und Hafturteile gegen Teilnehmer an November-Unruhen

Iranische Menschenrechtsorganisationen und Auslandsmedien berichten von einem Todes- und einem Hafturteil gegen zwei Teilnehmer an den Protesten im November 2019. Die beiden Brüder waren im Zuge der Unruhen in Mahshahr (Provinz Khuzestan) festgenommen und anschließend wegen Mordes an einem Angehörigen einer der zu den iranischen Ordnungskräften gehörenden Spezialeinheiten, der Moharebeh (dt. Krieg gegen Gott und die göttliche Ordnung) und Störung der öffentlichen Ordnung angeklagt worden. Der Ältere der beiden Brüder wurde zum Tode und der Jüngere zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Urteile wurde der Familie entgegen der gesetzlichen Vorgaben bislang nur mündlich von der Gefängnisverwaltung mitgeteilt. Den Anwälten der Angeklagten war die Akteneinsicht verwehrt worden. Die Gerichtsurteile basieren u.a. auf einem von der staatlichen Rundfunk- und

Fernsehanstalt per Video aufgezeichneten und anschließend ausgestrahlten Schuldeingeständnis der beiden Angeklagten. Das Schuldeingeständnis soll mutmaßlich unter Folter erzwungen worden sein.

Festnahme wegen Berichten zu Protesten
Laut Berichten iranischer Menschenrechtsorganisationen wurde am 04.12.21 im südiranischen Behbahan (Khuzestan) ein junger Mann im Zuge einer Vorladung zur vierten Zweigstelle für Verhöre des örtlichen allgemeinen und Revolutionsgerichtshofes verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Grund für die Vorladung seien „Publikationen zu den während des Aufruhrs am 26.Tir 1400 (16.07.20) verhafteten Personen". Damals hatten in der Kleinstadt zahlreiche Menschen gegen die schlechte Wirtschaftssituation und die gegen die Teilnehmenden an den November-Protesten 2019 ausgesprochenen Todesstrafen protestiert. Obwohl sich der Beschuldigte laut Vorladung mit seinem Anwalt an besagtem Datum zum Verhör einfinden sollte, wurde Letzterer vom Verhör ausgeschlossen und an der Wahrnehmung seiner Anwaltspflicht gehindert.

Mahnung vor Zensur und Repression von Schriftstellenden
Laut Medienberichten gab der iranische Autorenverband am 04.12.21 (iran. Kalender 13.09.1400), dem Tag des Kampfes gegen die Zensur in Iran, eine Erklärung ab, in der die Unterdrückung, Inhaftierung und Ermordung von schriftstellerisch und journalistisch tätigen Personen verurteilt wird. Seit dem Jahr 2008 hatte ein Zusammenschluss von Autorinnen und Autoren den Tag des Kampfes gegen Zensur in Gedenken an zwei Schriftsteller ins Leben gerufen, die im Dezember 1998 durch Geheimdienstkräfte ermordet worden waren. Der Autor und Initiator des Gedenktages befindet sich dem Bericht zufolge neben zwei weiteren beteiligten Schriftstellern seit 2020 in Haft.
Laut Presseberichten sei die aktuelle Erklärung eine Reaktion auf den Druck der iranischen Regierung auf freie Berichterstattung. Sie wende sich gegen die Zensur freier Medien, Beschlagnahmungen, Verhaftungen sowie Einschränkungen des Internets, welche zunehmend die Meinungsfreiheit gefährden würden. Der Verband warnt in dem Bericht auch vor Entführungen iranischer Medienschaffender im Ausland.

Verurteilung einer Studentenaktivistin zu fünf Jahren Haft
Auslandsmedien berichten, dass eine studentische Aktivistin am 05.12.21 von der Abteilung 36 des Berufungsgerichts Teheran zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der Anwalt der Studentin gab an, dass die Verurteilte aufgrund der Organisation einer studentischen Versammlung vor der Technischen Universität Sharif, zum Gedenken eines Studenten sowie inhaftierten Gonabadi-Derwischen, angeklagt worden sei.
Die Aktivistin sei zuvor bereits im Jahr 2017 im Rahmen studentischer Proteste in Teheran kurzzeitig verhaftet und zu insgesamt sechs Jahren Haft sowie einem Ausreiseverbot verurteilt worden. Laut ihrem Anwalt wurde dieses Strafmaß nach Berufung zunächst auf 30 Monate herabgesetzt, die Verurteilung aber schließlich aufgehoben.

Jemen

Anti-Houthi-Koalition intensiviert Angriffe auf Houthis
Die Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens hat laut eigenen Angaben ihre Luftschläge gegen die Houthi-Rebellen ausgeweitet und dabei Militäranlagen in der Hauptstadt Sanaa sowie Ziele an den Frontlinien in Hodeida, Marib und al-Jawf getroffen. Der Koalition zufolge wurden seit dem 29.11.21 dadurch rd. 455 Houthi-Kämpfer getötet. Medienkanäle der Houthis berichten, dass auch Luftschläge in den Gouvernements Saada, Taizz und Sanaa durchgeführt wurden.

Forderung nach neuer UN-Untersuchungskommission für Jemen
Mehr als 60 Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen haben in einer gemeinsamen Erklärung die UN dazu aufgerufen, erneut ein Gremium zur Untersuchung von Verstößen gegen das Völkerrecht in Jemen einzuberufen. Zwischen 2017 und 2021 wurde diese Aufgabe von der Expertengruppe für Jemen ausgeführt, deren Mandat im Oktober 2021 durch den UN-Menschenrechtsrat nicht verlängert worden war. In einem am 01.12.21 veröffentlichten Artikel in der britischen Zeitung The Guardian wird Saudi-Arabien beschuldigt, im Vorfeld der Abstimmung einigen wahlberechtigten Mitgliedern u.a. mit Visabeschränkungen gedroht zu haben, sollten diese für die Verlängerung stimmen.

Kamerun

Angriff auf LGBTIQ-Person

Human Rights Watch (HRW) berichtete am 20.11.21 von einer brutalen Attacke auf eine intersexuelle Person. Ein gewalttätiger Mob hatte am 15.11.21 in der Hauptstadt Jaunde diese Person angegriffen, bedroht und gedemütigt. Videos von dem mehrere Stunden andauernden Angriff, die von den Tätern selbst gemacht worden waren, kursierten später in den sozialen Medien. HRW kritisierte, dass die kamerunischen Behörden sich zunächst nicht zu diesem Vorfall öffentlich äußerten. Es besteht somit die Gefahr, dass eine Botschaft der Toleranz solcher Taten gesendet wird und unterstreicht das Versagen der Regierung LGBTIQ-Personen im Land zu schützen. Eine von der kamerunischen Menschenrechtsorganisation Cameroonian Foundation for AIDS (CAMFAID), die sich für die Rechte von LGBTIQ-Personen einsetzt, eingereichte Beschwerde, den Angriff vom 15.11.21 zu untersuchen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen, blieb unbeantwortet. Die kamerunische Regierung reagierte eine Woche nach der Veröffentlichung des Berichtes von HRW und gab bekannt, dass LGBTIQ-Personen zunehmend Opfer von Gewalt und Brutalität werden.

Bereits im April 2021 hatte HRW von einer steigenden Anzahl an Übergriffen auf LGBTIQ-Personen in Kamerun berichtet (vgl. BN v. 03.05.21).

Kolumbien

Neuaufnahme von zwei FARC-Dissidentengruppen in US-Liste ausländischer Terrororganisationen

Am 30.11.21 hat das US-Außenministerium die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), wie zuvor angekündigt (vgl. BN v. 29.11.21), von der Liste ausländischer Terrororganisationen gestrichen. Dadurch ist es u.a. der US-amerikanischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (USAID) zukünftig möglich, die Friedensentwicklung und Reintegrationsprojekte ehemaliger FARC-Kämpfer, die ihre Waffen abgegeben haben, finanziell zu unterstützen. Weiterhin gab US-Außenminister Blinken bekannt, dass dafür nun zwei FARC-Dissidentengruppen, La Segunda Marquetalia and FARC-EP (FARC-Ejército del Pueblo), als ausländische Terrororganisation, ebenso wie deren Anführer als internationale Terroristen, gelistet worden sind.

Lateinamerika

Gestiegene Ernährungsunsicherheit und Hungerprävalenz

Gemäß eines am 30.11.21 u.a. von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) veröffentlichten Bericht zum regionalen Überblick über die Ernährungssicherheit und Ernährung litten 2020 30 % mehr Menschen als 2019 in Lateinamerika und der Karibik (LAC) an Hunger. Dies entspricht einem neuen Höchstwert seit 15 Jahren von insgesamt 59 Mio. Betroffenen, etwa 9 % der LAC-Gesamtbevölkerung. Die COVID-19-Pandemie verstärkte diesen Trend zusätzlich. Am stärksten von Unterernährung bzw. Hungerprävalenz betroffen waren Haiti (46,7 %), Venezuela (27,4 %; im Vergleich: 2009-2011: <2,5 %) und Nicaragua (19,3 %). Allgemein betraf mäßige oder schwere Ernährungsunsicherheit 2020 mehr als 267 Mio. Menschen, jede vierte von zehn Personen, in LAC und damit 9 % mehr Personen als im Vorjahr, denen es an Zugang zu Nahrungsmitteln in adäquater Menge oder Qualität fehlte. Frauen waren davon häufig ungleich stärker betroffen als Männer.

Libanon

Wirtschaftslage

Die wirtschaftliche Lage im Libanon bleibt angespannt. Das libanesische Pfund erholte sich leicht, nachdem der kontroverse Minister Kordahi am 03.12.21 zurücktrat und damit Hoffnung schürte, dass die Handelssanktionen Saudi-Arabiens und mehrerer Golfstaaten, die wegen seiner Bemerkungen zum Yemen-Krieg verhängt worden waren, aufgehoben werden würden. Bisher ist kein Ersatz nominiert worden.

Mehrere große Müllentsorgungsunternehmen stellten am 02.12.21 ihre Dienste in Beirut und Berg Libanon ein. Sie beriefen sich darauf, dass ihre Verträge mit dem Entwicklungsministerium nicht erfüllt worden seien. Der Libanon

hatte schon wiederholt mit Müllentsorgungskrisen zu kämpfen, zuletzt 2015 und 2016. In der derzeitigen Situation steigen die Befürchtungen über eine Verschärfung der Gesundheitskrise.

Libyen

Berufung Saif al-Islam al-Gaddafis stattgegeben

Nachdem die zentrale Wahlkommission Saif al-Islam al-Gaddafi, Sohn des ehemaligen Machthabers Muammar al-Gaddafi, als Kandidaten von den am 24.12.21 stattfindenden Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen hatte, war Saif al-Islam in Berufung gegangen (vgl. BN v. 29.11.21). Ein Gericht in der südlibyschen Stadt Sabha hat seinem Einspruch gegen die Entscheidung der Wahlkommission stattgegeben und Saif al-Islams als Präsidentschaftskandidat wieder eingesetzt.

Mali

Mindestens 31 Zivilisten bei Angriff getötet

Am 03.12.21 kam es in der Region Mopti zu einem Angriff auf einen Bus, der auf dem Weg vom Dorf Songho zu einem lokalen Markt im etwa 10 km entfernten Ort Bandiagara war. Mindestens 31 Menschen, darunter auch Frauen und Kinder, sollen dabei getötet und viele weitere verletzt worden sein. Unbekannte bewaffnete Angreifer hatten den Bus beschossen und das Fahrzeug in Brand gesetzt. Bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.

Mexiko

Zacatecas: Kartellgewalt und Drogenkrieg

Im Zuge einer Woche mit 17 Leichen, gab Staatspräsident López Obrador (AMLO) am 24.11.21 die Entsendung militärischer Verstärkung für den Bundesstaat Zacatecas bekannt, in dem diverse Kartelle um die Vorherrschaft im Drogenhandel kämpfen. Dennoch kam es zwischen dem 26.11. und 27.11.21 in Valparaíso, Zacatecas, erneut zu mehreren bewaffneten Zusammenstößen der Drogenkartelle Jalisco Nueva Generación (CJNG) und des Cartél de Sinaloa (CDS), bei denen am 26.11.21 mehr als zwölf Menschen getötet worden sind sowie weitere 30 am 27.11.21, wie Medien berichten. Die Kartellgewalt in Zacatecas hat in den letzten Monaten erheblich zugenommen, alleine in den letzten drei Monaten sind mindestens 440 Personen getötet worden, 57 der Leichen wurden als Warnung öffentlich an diversen Brücken im Bundesstaat aufgehangen. In den ersten zehn Monaten beliefen sich die Zahlen sogar auf 948 Tötungsdelikte im Zusammenhang mit Kartellgewalt und dem Drogenkrieg, fast 350 mehr als im selben Vorjahreszeitraum. Neun Gemeinden haben seit Beginn des Jahres 2021 keine Polizeibeamtinnen und -beamten mehr. Nicht nur in Nord- und Zentralmexiko kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Kartellen, bereits im Oktober 2021 waren bei einer Schießerei zwischen Drogenbanden im touristischen Bundesstaat Quintana Roo in Tulum zwei Touristinnen getötet worden.

Montenegro

Opposition bringt Misstrauensantrag gegen die Regierung ein

Laut aktuellem Medienbericht hat die Opposition mit Unterschrift aller 40 oppositionellen Abgeordneten am 29.11.21 einen Antrag auf Durchführung eines Misstrauensvotums gegen die im Dezember 2020 ins Amt gewählte Regierung von Zdravko Krivokapic eingereicht. Ein Termin für die beantragte Durchführung des Misstrauensvotums stehe noch nicht fest. Die Oppositionsparteien hätten in einer gemeinsamen Erklärung zur Begründung ihrer Initiative mitgeteilt, die Regierung habe das Land in einen Zustand politischer und institutioneller Lähmung gebracht, weshalb sie hinsichtlich anstehender Reformvorhaben wie u.a. beim Vorantreiben des laufenden EU-Beitrittsprozesses handlungsunfähig sei. Der Vorsitzende des größten Blocks im Regierungsbündnis, der pro-serbisch Demokratischen Front (DF), Andrija Mandic, habe alle anderen Parteienbündnisse der Regierungsmehrheit aufgerufen, über eine Regierungsumbildung zu verhandeln und sich zu einigen. Laut Medienberichterstattung fordert die Regierung mittragende DF von Premierminister Krivokapic seit Monaten eine solche

Regierungsumbildung, um auch parteipolitische Persönlichkeiten in das bisher nur von parteilosen Experten getragene Kabinett aufzunehmen.

Myanmar

Gewalt in Sagaing, Chin, Kachin und Mandalay

Am 27.11.21 flohen in der Region Sagaing etwa 5.000 Menschen aus neun Dörfern der Gemeinde Depayin vor Luftangriffen und Granatenbeschuss durch das myanmarische Militär (Tatmadaw). Sieben Personen starben. Am 28.11.21 verübten Mitglieder der Depayin People's Defence Force (PDF) einen Guerillaangriff auf einen Militärkonvoi, bei dem mehrere Soldaten getötet worden sein sollen, am 29.11.21 folgten weitere Angriffe und Zusammenstöße. Bei Razzien in den Dörfern Inboke und Ingyinpin brannten Tatmadaw-Soldaten am selben Tag elf Häuser nieder.

Medienberichten vom 29.11.21 zufolge sollen Mitglieder der Chinland Defence Force (CDF) bei einem Angriff auf ein Verwaltungsgebäude nahe Matupi (Bundesstaat Chin) am 26.11.21 zwei Tatmadaw-Soldaten getötet haben.

Am 01.12.21 kam es in Hpakant und Mohnyin (Bundesstaat Kachin) zu Zusammenstößen zwischen der Tatmadaw und der Kachin Independence Army (KIA). Lokalen Medienberichten zufolge sollen dabei etwa 30 Tatmadaw-Soldaten ums Leben gekommen sein.

In Mandalay bekannte sich am 01.12. und 02.12.21 die Guerillagruppe Generation Z Power (GZP) zu dem Mord an zwei Mitgliedern der militärnahen Union Solidarity and Development Party (USDP). Nach Angaben der GZP handelte es sich bei den Getöteten um Informanten des Militärs. Auch für einen Bombenanschlag am 30.11.21 übernahm die GZP die Verantwortung. Ziel des Anschlags waren Soldaten, die das Büro einer Telekommunikationsgesellschaft in Mandalay bewachten.

Im nördlichen Shan-Staat soll es nach Angaben der Myanmar National Democratic Alliance Army (MNDAA) im November 2021 126 Zusammenstöße zwischen der MNDAA und der Tatmadaw und damit einen starken Anstieg der Gewalt im Vergleich zum Vormonat gegeben haben. Letzteres bestätigte Junta-Sprecher Zaw Min Tun.

Erstes Urteil im Prozess gegen Aung San Suu Kyi, Tote bei Protesten in Yangon

Am 06.12.21 verkündete ein Gericht in Naypyidaw ein erstes Urteil im Prozess der Junta gegen die gestürzte de facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi. Wegen Anstiftung zum Aufruhr und Verstößen gegen Corona-Auflagen muss Suu Kyi für vier Jahre in Haft. Weitere Verfahren, u.a. wegen Verstößen gegen die Außenhandelsgesetze, Korruption und Wahlbetrug, laufen noch. Im Vorfeld der Urteilsverkündung fanden in mehreren Landesteilen erneut Proteste gegen den Militärputsch statt. In Yangon rasten Sicherheitskräfte am 05.12.21 mit einem Auto in einen Demonstrationszug und eröffneten anschließend das Feuer. Dabei töteten sie mindestens fünf Personen und verletzten Dutzende. Bis zum 04.12.21 starben mindestens 1.303 Zivilpersonen durch Polizei- und Militärgewalt im Zusammenhang mit Protesten gegen den Putsch.

Behörden verschärfen Reisebeschränkungen für Rohingya

Medienberichten zufolge verschärften die Behörden in Buthidang (Bundesstaat Rakhine) am 25.11.21 die Reisebeschränkungen für ortsansässige Rohingya. Zusätzlich zu einem Empfehlungsschreiben der Dorfverwaltung benötigen diese nun eine als „Formular 4" bezeichnete Erlaubnis einer Einwanderungsbehörde, um die eigene Gemeinde verlassen zu können. Betroffenen zufolge ist die Erlaubnis nur für sieben Tage gültig und im Falle einer Ausstellung am selben Tag nur gegen ein Bestechungsgeld erhältlich.

Niger

Zahlreiche Tote nach Angriff auf Militärstützpunkt in Grenzregion

Am 04.12.21 sollen laut Medienberichten, die sich auf Angaben der Armee beziehen, bei einem Überfall auf einen Militärstützpunkt in der südwestlichen Region Tillabéri mindestens 79 der bewaffneten Angreifer und 29 Angehörige der Streitkräfte getötet worden sein. In einem anderen Presseartikel wird berichtet, dass nach Angaben des Verteidigungsministeriums mindestens zwölf Soldaten und „Dutzende Terroristen" ums Leben gekommen seien. Der Angriff sei von mutmaßlichen Dschihadisten ausgegangen, die in großer Anzahl auf Motorrädern auf den Stützpunkt Fianto zugefahren seien. Bei dem Armeelager handele es sich um eine Basis der sogenannten G5-Sahel,

ein Bündnis, das 2017 von Niger zusammen mit Mali, Burkina Faso, Tschad und Mauretanien gegründet wurde, um gemeinsam gegen Aufständische in der Sahelzone vorzugehen. Noch habe sich keine Gruppierung zu dem Angriff bekannt. In der Region Tillabéri unweit der Grenzen zu Burkina Faso und Mali sind neben anderen bewaffneten Gruppierungen vor allem der Islamic State in the Greater Sahara (ISGS) und die mit al-Qaida in Verbindung stehende Gruppe Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) aktiv. Zuletzt wurde wieder vermehrt über Angriffe in der Grenzregion mit zahlreichen Toten berichtet (vgl. BN v. 22.11.21).

Nigeria

Über 250 Inhaftierte befreit

Schwerbewaffnete Angreifer haben am 28.11.21 in der Stadt Jos im Bundesstaat Plateau ein Gefängnis gestürmt und über 250 Häftlingen zur Flucht verholfen. Das geht aus Medienberichten hervor, die sich auf Behördenangaben vom 29.11.21 berufen. Bei der Attacke seien neun Gefängnisinsassen, ein Aufseher und einer der Angreifer zu Tode gekommen. Ein Teil der Entflohenen sitze zwischenzeitlich wieder ein. In Nigeria kamen in den vergangenen Monaten häufiger Gefangenenbefreiungen vor. Großes Aufsehen erregte etwa der Angriff auf ein Gefängnis im Bundesstaat Oyo am 22.10.21, in deren Folge ebenfalls Hunderte Insassen entkamen (vgl. BN v. 25.10.21).

Jüngste Entführungsfälle im Norden

Laut Medienberichten haben Unbekannte am 01.12.21 auf der Straße zwischen den Orten Damboa und Chibok mindestens fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsministeriums des nordöstlichen Bundesstaates Borno entführt. Die Täter sollen mit der dschihadistischen Gruppierung Islamic State West Africa Province (ISWAP) in Verbindung stehen. Der Tatort liegt nicht weit vom Sambisa-Wald, der als wichtiger Rückzugsort der Dschihadisten gilt. Nur wenige Stunden nach der Tat sollen auf derselben Straße 15 weitere Personen entführt worden sein.
Bereits am 29.11.21 hatten Bewaffnete in der Ortschaft Fankama im nordwestlichen Bundesstaat Katsina den Dorfvorsteher (village head), dessen Frau und eine in der Berichterstattung nicht näher präzisierte Anzahl weiterer Personen gekidnappt. Im ebenfalls nordwestlichen Bundesstaat Kaduna wurden bei einem Angriff sogenannter Banditen Medienberichten zufolge am 03.12.21 zwei Menschen getötet und 50 Personen entführt. Laut Medienberichten vom selben Tag hat die Sicherheitslage in Nigerias Nordwesten im November 2021 insgesamt 11.500 Menschen veranlasst, das Land in Richtung des nördlichen Nachbarstaats Niger zu verlassen.

Pakistan

Mob stürmt Polizeiwache

Am 28.11.21 verübte eine aufgebrachte Menschenmenge einen Angriff auf eine Polizeiwache in Charsadda (Khyber Pakhtunkhwa) bei Peshawar im Nordwesten. Hunderte Menschen forderten die Herausgabe eines dort wegen Blasphemie festgenommenen Mannes, der mutmaßlich Koranseiten verbrannt habe. Nach Verweigerung der Freilassung wurde die Wache gestürmt, Polizeifahrzeuge und sechs Kontrollposten in der Umgebung in Brand gesetzt. Nach Polizeiangaben wurden zwei Dutzend Personen wegen Anstiftung zu Gewalt festgenommen. Verstärkung rückte aus den nahe gelegenen Bezirken Mardan und Nowshera an. Die Lage blieb länger angespannt.

Lynchmord wegen Blasphemie

Am 03.12.21 wurde ein Manager einer Bekleidungsfabrik in Sialkot (Punjab) wegen Blasphemieanschuldigungen von einem Mob entführt, gefoltert und anschließend öffentlich verbrannt. Das aus Sri Lanka stammende Opfer hätte mutmaßlich Seiten des Koran entsorgt. Selbst haltlose Anschuldigungen können dazu führen, dass der Gotteslästerung Bezichtigte erschossen, lebendig verbrannt oder zu Tode geprügelt werden. Am 04.12.21 kündigte Premier Imran Khan in den sozialen Medien die Aufklärung und Strafverfolgung des Falles an. Nach pakistanischen Behördenangaben wurden nach dem Lynchmord mehr als 100 Menschen vorläufig festgenommen und ein Dutzend der Tat verdächtige Personen verhaftet.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Flüchtlingshilfswerk in Finanzierungskrise
Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) kündigte am 20.11.21 an, dass sich Gehaltszahlungen für den Monat November an ihre 28.000 Mitarbeitenden aufgrund einer schweren Finanzierungskrise verspäten würden. Noch sei unklar, wann die Zahlungen stattfinden könnten.
Bereits am 29.11.21 kam es nach der Ankündigung der Verspätung der Zahlungen zu einem Streik, welcher allerdings nach Einleitung einer Mediation zeitnah beendet werden konnte.
Das UNRWA betreibt Geflüchtetenlager, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen aber auch finanzielle Unterstützung für Palästina-Flüchtlinge in den Palästinensischen Autonomiegebieten sowie in Syrien, Jordanien und Libanon. Mehr als fünf Mio. Menschen sind dort registriert und dadurch leistungsberechtigt. 711 Schulen werden durch das UNRWA betrieben, sowie mehr als 8,4 Mio. jährliche Patientinnen- und Patientenbesuche in medizinischen Einrichtungen der UNRWA verzeichnet. Bei einer Geldgebendenkonferenz in Brüssel konnten zuvor für die Jahre 2022 und 2023 nur genügend Finanzmittel für 48 % des Haushalts akquiriert werden.

Angreifer nahe Damaskustor getötet
Am 04.12.21 griff ein Palästinenser aus dem Westjordanland einen Israeli nahe des Damaskustores in Ostjerusalem mit einem Messer an und verletzte diesen. Das israelische Militär eröffnete daraufhin das Feuer und verwundete den Angreifer. Videos von Passantinnen und Passanten löste starke Kritik aus, da darin vermeintlich zu sehen ist, wie ein Polizeiangehöriger auf den am Boden liegenden Angreifer schießt. Er erlag vor Ort seinen Verletzungen.

Menschenrechtsorganisationen bemängeln Untersuchungen von Todesfällen
Am 02.12.21 veröffentlichten zwei Menschenrechtsorganisationen einen Report, in welchem sie die Untersuchungen des israelischen Militärs bemängeln, die tödliche Schüsse an der Grenze zu Gaza aus den vergangenen Jahren klären sollten.
In den Jahren 2018 und 2019 wurden bei regelmäßigen Demonstrationen im Gazastreifen an der Grenze zu Israel mehr als 215 Palästinenserinnen und Palästinenser durch Schüsse des Militärs getötet. Die meisten von ihnen waren demnach unbewaffnet, 47 von ihnen minderjährig. Von 143 Fällen, die der Militärstaatsanwaltschaft vorgelegt worden seien, seien demnach 95 ohne weitere Konsequenzen geschlossen worden. Zu einer Anklage führte nur der Todesfall eines 14-Jährigen. Die Anklage endete mit einer Verständigungsvereinbarung, die den Angeklagten aufgrund des „Amtsmissbrauchs bis hin zur Gefährdung von Leben oder Gesundheit“ zu einem Monat gemeinnütziger Arbeit verpflichtete. Entscheidungen stehen in den verbleibenden 47 Fällen noch aus.

Somalia

NISA-Operation gegen al-Shabaab in Mogadischu
Bei einer Razzia der National Intelligence Security Agency (NISA) wurden am 01.12.21 zwölf al-Shabaab-Kämpfer in Mogadischu getötet. Drei Personen konnten fliehen. Es wird vermutet, dass die ins Visier der Behörden geratenen Personen hinter den Anschlägen der letzten Wochen (vgl. BN v. 29.11.21) standen.

Schusswechsel zwischen al-Shabaab und AU-Truppen fordert zivile Opfer
Bei einem Schusswechsel zwischen al-Shabaab-Kämpfern und der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) starben drei Kinder einer Familie. Mehreren Quellen zufolge feuerten al-Shabaab-Kämpfer Mörsergranaten auf die Militärbasis der Streitkräfte im Distrikt Howlwadaag in der Hauptstadtregion Benadir, was einen Kampf zwischen den Parteien auslöste. Die Mörsergranaten landeten bei der Familie und töteten die Kinder und verletzten weitere Personen. Während al-Shabaab bereits Verantwortung für den Angriff übernommen hat, wurde bislang noch keine öffentliche Erklärung der Behörden und des staatlichen Militärs abgegeben.

Sudan

Anhaltende Proteste und Kritik

Am 30.11.21 fanden erneute Demonstrationen gegen den Militärputsch und das Abkommen zwischen Premierminister (PM) Hamdok und General El-Burhan statt. In Medienberichten war von zehntausenden Demonstrierenden die Rede. Die Proteste fanden sowohl in Karthum, als auch in den Städten Port Sudan, Kassala, Nyala und Atbara statt. Das Abkommen zwischen PM Hamdok und General El-Burhan steht weiterhin in der Kritik und wird stark diskutiert. Vor dem Hintergrund der Kritik am Abkommen äußerte General Mohamed Hamdan Dagalo (auch: „Hemeti") Medienvertretern gegenüber, dass Hamdok durchaus vom Vorgehen des Militärs und dem geplanten Putsch gewusst habe. Er habe diesen Plan abgesegnet und unterstützt. Die Widerstandskommittees, welche die Proteste aktuell organisieren, griffen diese Aussage auf und teilten am 29.11.21 mit, dass sie zwischen PM Hamdok, General El-Burhan, General Hemeti und den anderen Militärs keinen Unterschied machen würden. Sie alle seien ein Teil des Putsches und müssten dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Entgegen der Kritik an PM Hamdok und seinem Vorgehen riefen der UN-Generalsekretär und der Vorsitzende der Kommission der Afrikanischen Union die sudanesische Bevölkerung dazu auf, das Abkommen zwischen PM Hamdok und General El-Burhan zu akzeptieren. Es erlaube die erfolgreiche Beendigung des Übergangs hin zur Durchführung genereller Wahlen. Am 02.12.21 traf sich General El-Burhan mit dem UN-Sonderbeauftragen für den Sudan und forderte die UN dazu auf, die Übergangsregierung zu unterstützen. Zudem sagte General El-Burhan am 04.12.21 in einem Interview zu, dass sich das Militär nach den für 2023 geplanten Wahlen aus der Politik zurückziehen werde.

Syrien

Deir ez-Zor: Anschlag auf Arbeitskräfte der Ölindustrie

Die staatliche Nachrichtenagentur SANA berichtete über einen mutmaßlichen Anschlag auf einen Bus mit Arbeitern auf dem Weg zu einem Ölfeld. Der Bus soll auf dem Weg nach Kharata, einem Ölfeld im Gouvernement Deir ez-Zor, von einer Explosion erfasst worden sein. Zehn Personen kamen dabei ums Leben, eine wurde verletzt.
Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte meldete, dass die Explosion durch einen Sprengsatz erfolgt sei.

Al-Hol: LKW fährt in Flüchtlingszelt, drei Tote

Ein Sprecher der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien (AANES) meldete, dass am 30.11.21 ein Lieferfahrzeug mit Trinkwasser in ein Zelt des al-Hol Flüchtlingslagers gefahren sei, das IS-Anhängerinnen und ihre Kinder beherbergt. Dabei wurden drei irakische Frauen getötet und zwei ihrer Kinder verletzt. Die Behörden gehen von einem Unfall aus. Das al-Hol Lager beherbergt noch immer etwa 50.000 Personen, von denen etwa 20.000 minderjährig sind.

Weiterer Drogenfund gibt Hinweis auf enorme Schattenwirtschaft

Am 30.11.21 meldeten Syrische Behörden die Beschlagnahme von 525 kg an Amphetaminen, die nach Saudi-Arabien hätten geschmuggelt werden sollen. Die Drogen wurden demzufolge in einem Lieferwagen in Rif Dimashq gefunden. Die Tabletten werden üblicherweise unter dem Namen Captagon auf den Markt gebracht.
US-amerikanische Behörden melden bereits seit einiger Zeit, dass der Amphetaminschmuggel von Syrien und aus dem Libanon stark angewachsen sei. Seit Februar 2020 wäre Captagon im Wert von über drei Mrd. USD beschlagnahmt worden. Der Martkwert dieser konfiszierten Ware allein übersteige bereits den von legalen Exporten aus Syrien (1.85 Mrd. USD im Jahr 2017) um ein Weites.
Unklar ist, in welchem Maße Syrien lediglich als Transitland für Amphetamine aus dem Libanon dient oder inzwischen selbst in großem Umfang an der Produktion und am Verkauf des auch als Fenetyllin bekannten Arzneistoffs beteiligt ist.

Erstes internationales Basketball in zwei Jahrzehnten

Am 29.11.21 spielte die syrische Nationalmannschaft erstmals gegen eine ausländische Mannschaft im eigenen Stadion. In den Qualifizierungsspielen für die Weltmeisterschaft 2019 musste die syrische Mannschaft für ihre

Heimspiele aus Sicherheitsgründen noch auf den Libanon ausweichen. Aktuell spielt die Nationalmannschaft in den Qualifikationsspielen für den 2022 FIBA Asia Cup.

Tschad

Fast 300 politische Andersdenkende und Aufständische begnadigt

Nach einem Beschluss der Übergangsregierung vom 29.11.21 wurde mindestens 296 sich im Exil oder Gefängnis befindlichen Personen Amnestie gewährt; die begnadigten Personen waren zwischen 2005 und 2019 wegen terroristischen Handlungen bzw. Taten und Meinungsäußerungen, welche die Integrität des Staates bedrohten, verurteilt worden. Die Generalamnestie war für zahlreiche Rebellengruppen eine von mehreren Vorbedingungen sich dem von Staatspräsident und Vorsitzenden des militärischen Übergangsrates (CMT), Mahamat Idriss Déby, initiierten nationalen Dialog anzuschließen (vgl. BN v. 08.11.21). Der Sprecher der Rebellengruppe Front pour l'alternance et la concorde au Tchad (FACT) kritisierte jedoch, dass Mitglieder der FACT, welche im April und Mai 2021 nach Kämpfen mit der tschadischen Armee verhaftet wurden, nicht von der Amnestie betroffen sind.

Türkei

EGMR-Urteil zu Festnahmen wegen Verdachts der Zugehörigkeit zur Gülen-Bewegung

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat nach Medienberichten am 23.11.21 ein Urteil zu 427 türkischen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten gefällt, darunter Mitglieder des Kassationsgerichtshofs und des Staatsrates, die nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 wegen des Verdachtes der Zugehörigkeit zur Gülen-Bewegung aus dem Staatsdienst entlassen und festgenommen worden waren. Der EGMR habe geurteilt, dass deren Inhaftierung willkürlich und damit rechtswidrig gewesen sei und habe die Türkei deshalb zu Schadensersatzzahlung i.H.v 5.000 EUR pro Person verurteilt. In dem Verfahren ging es vor allem um die Frage, ob die Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Untersuchungshaft genommen werden durften. Das türkische Recht erlaubt dies für die Mitglieder der Justiz nicht, es sei denn sie werden bei der direkten Verübung einer Straftat erwischt, worauf sich die türkische Regierung berief. Diese Begründung wies der EGMR als abwegig zurück, da die Mitgliedschaft in einer Organisation keine „in flagranti"-Tat sein könne. Weitere Vorwürfe seien vom EGMR nicht geprüft worden. Gegen das Urteil kann die türkische Regierung die Große Kammer des EGMR anrufen.

Verfahren gegen die Türkei eingeleitet

Das Ministerkomitee des Europarats in Straßburg erklärte am 03.12.21, dass der Europarat wegen des Falls Kavala ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei eingeleitet habe. Der EGMR hatte bereits 2019 die Freilassung des türkischen Kulturförderers Osman Kavala angeordnet und die Haft als politisch motiviert eingestuft. Bisher wurde das Urteil in der Türkei nicht umgesetzt. Zuletzt hat ein türkisches Gericht am 26.11.21 entschieden, dass Osman Kavala weiterhin im Gefängnis bleiben muss und verlängert seine über vierjährige Untersuchungshaft ohne Verurteilung. Ihm werden Beteiligung an einem Umsturzversuch im Zusammenhang mit den Gezi-Protesten 2013 sowie politische und militärische Spionage im Zusammenhang mit dem Putschversuch 2016 vorgeworfen. Der Europarat forderte die Türkei zunächst auf, bis zum 19. 01.22 zu dem Fall Stellung zu nehmen.

Mutmaßlicher Anschlag auf Kundgebung Erdoğans verhindert

Am 04.12.21 soll nach Angaben der türkischen Polizei ein mutmaßliches Attentat auf Staatspräsident Erdoğan vereitelt worden sein, nachdem ein Sprengsatz unter dem Privatwagen eines Polizeibeamten entdeckt worden war, der für die Sicherheit bei einer Kundgebung Erdoğans zuständig gewesen sein soll. Türkischen Medienberichten zufolge wurde der Sprengsatz in der überwiegend kurdisch geprägten Stadt Nusaybin in der südöstlichen Provinz Mardin gefunden. Der Polizeibeamte sollte 200 km nordöstlich nach Siirt fahren, wo Erdoğan später an einer Kundgebung teilnahm. Der selbstgebaute Sprengsatz wurde von einem Bombenentschärfungsteam gesichert. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Venezuela

Neuwahlen in Barinas, EU-Wahlbeobachtende reisen vorzeitig ab

Am 29.11.21 hat der regierungstreue Oberste Gerichtshof die Wiederholung der Wahlen im Bundesstaat Barinas am 09.01.22 angeordnet sowie die Disqualifikation des Oppositionskandidaten Freddy Superlano aufgrund eines gegen ihn laufenden Verwaltungsverfahrens bekannt gegeben. Laut Angaben des Obersten Wahlrates hatte Superlano zu diesem Zeitpunkt am Ende der Auszählung mit 37,6 % der Stimmen 0,4 % vor dem PSUV-Kandidaten und Bruder von Hugo Chávez, Argenis, gelegen. Ob Superlano im Januar 2022 nochmals antreten darf oder wird ist unklar, der amtierende Gouverneur Chávez hat seine Kandidatur für Januar 2022 zurückgezogen. Am 03.12.21 verkündeten die EU-Wahlbeobachtenden eine vorzeitige Abreise aus Venezuela, da ihre Visa nicht verlängert und sie zur Ausreise aufgefordert worden sind. Sie verlassen das Land somit bereits zum 05.12.21, eine Woche früher als geplant. Schon am 28.11.21 hatte Staatspräsident Maduro die Teilnehmenden als „Delegation von Spionen" bezeichnet, deren Zweck nur darin bestanden habe, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik Venezuelas vor Ort auszukundschaften.

Zentralafrikanische Republik

Zahlreiche Tote bei simultanem Angriff im Nordwesten

Bei zwei zeitgleichen Angriffen am 29.11.21 in den Ortschaften Boy-ngou und Kaïta (Präfektur Ouham-Pendé) sind etwa 33 Personen, darunter zwei Soldaten getötet worden. Das berichten Medien unter Berufung auf den lokalen Unterpräfekten (Unterpräfektur Bocaranga). 8.000 Personen sollen daraufhin nach Kamerun geflohen sein. In beiden Orten existieren Stellungen der Armee. Der Angriff wird der bewaffneten Gruppierung Retour, Réclamation et Réhabilitation (3R) zugeschrieben, die auch in der jüngeren Vergangenheit für ähnliche Angriffe verantwortlich gemacht wurde (vgl. BN v. 20.09.21 u. 22.11.21). Eine lokale Nachrichtenseite Corbeau News Centrafrique veröffentlichte eine als Communiqué von 3R gekennzeichnete Meldung, in welcher die Gruppe die Verantwortung bestreitet und stattdessen russische Söldner der Tat beschuldigt. Radio France International (RFI) zitierte den Unterpräfekten dahingehend, für die Sicherheit der Bevölkerung werde die Anwesenheit der alliierten Russen innerhalb der nationalen Armee benötigt. Laut RFI habe es sich um den Zwischenfall mit der höchsten Opferzahl seit Ausrufung des einseitigen Waffenstillstands durch Staatspräsident Touadéra am 15.10.21 gehalten (vgl. BN v. 25.10.21).

Teile der Armee sollen russischer Söldnergruppe unterstehen

Corbeau News Centrafrique hatte zuletzt in mindestens zwei Fällen von Zwischenfällen mit deutlich höheren Todeszahlen berichtet. Während die Berichte nicht in internationalen Medien aufgegriffen zu werden scheinen, zieht die Datenbank Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) die Seite als Quelle heran. Von außen ist die Lage schwer zu durchschauen: Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Zentralafrikanischen Republik wird von verschiedenen Seiten immer wieder der Vorwurf der Desinformation vorgebracht.

Dieser Vorwurf befindet sich auch in einem aktuellen internen Bericht des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), aus dem Medien berichten. Der Vorwurf richtet sich hier an die Russische Föderation bzw. an russische Söldner. Laut Bericht würde sich ein Großteil der zentralafrikanischen Armee unter direktem Befehl oder Aufsicht russischer Söldner befinden. Das gelte auch für Einheiten, die im Rahmen der EU-Trainingsmission (EUTM) ausgebildet worden seien. Die russische Präsenz und der Einfluss soll sich auf andere Regierungsinstitutionen ausdehnen. Russischen Söldnern werden immer wieder schwere Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen (vgl. BN v. 29.11.21).